

amnesty international

Länderkurzbericht Costa Rica 2006

ALLGEMEINE SITUATION

Im Allgemeinen wird die Menschenrechtssituation in Costa Rica als stabil bewertet. Die Regierungen scheinen durchwegs um die Einhaltung der zivilen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte bemüht, seit 1979 befindet sich im costaricanischen San José der Sitz des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Nichtsdestotrotz werden in zentralen Bereichen und Institutionen der costaricanischen Gesellschaft besorgniserregende Zustände beobachtet. Überfüllte Gefängnisse und die oftmals unzureichende medizinische Versorgung der Häftlinge geben ebenso Anlass zur Sorge wie das Verschleppen von Prozessen vor allem in zivil- und arbeitsrechtlichen Fällen und teilweise unangemessen hohe Strafen. Auf dem Gebiet des Justizvollzugs sind jedoch auch Fortschritte erkennbar: Die Überfüllung der Gefängnisse wurde nach Angaben des US-amerikanischen Außenministeriums im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 4% reduziert, Mitarbeiter der Behörden wurden für begangene Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft gezogen. Häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder ist in Costa Rica ebenso präsent wie Kinderprostitution und Kinderarbeit.

Wahlen werden von Beobachtern im Allgemeinen als frei und fair beurteilt. Aus den Präsidentschaftswahlen am 5. Februar 2006 ging der Friedensnobelpreisträger und frühere Präsident Oscar Arias als knapper Sieger hervor. Am Rande der Wahlen kam es bei Protesten zu vereinzelten Übergriffen durch die Sicherheitskräfte, grundsätzlich unterliegen diese jedoch einer effektiven Kontrolle durch die zivilen Behörden. Im Berichtszeitraum kam es zu keinen Fällen von Verschwindenlassen oder ungesetzlichem Freiheitsentzug, ebenso wenig wird von politischen Gefangenen berichtet.

Pressefreiheit

Die Meinungs- und Pressefreiheit ist in der Verfassung verankert, trotzdem kam es in mehreren Fällen zu groben Eingriffen in die Pressefreiheit und lebensbedrohlichen Maßnahmen gegen Journalisten, die von der Meinungsfreiheit Gebrauch machten.

2003 forderte amnesty international die Behörden zur umfassenden Untersuchung des Mordes an dem in Kolumbien geborenen Journalisten **Parmenio Medina Pérez** auf. Medina war 1968 als Flüchtling nach Costa Rica gekommen und machte sich dort als kritischer Berichtersteller im Radio einen Namen. Am 7. Juli 2001 wurde er vor seinem Haus in San José niedergeschossen, nachdem er kurz zuvor einen Bericht für seine satirische Wochensendung *La Patada* („Der Tritt“) beendet hatte. Sein letzter Bericht galt finanziellen Unregelmäßigkeiten durch den katholischen Radiosender „Radio María“. Medinas Kollegen kritisierten die schleppende und unzureichende Untersuchung des Mordes durch die Behörden, sahen jedoch aus Angst vor Repressalien von eigenständigen Nachforschungen ab. Das costaricanische Strafgesetz sieht für Fälle von „Verstößen gegen die Ehre und das Ansehen“ einzelner Personen, etwa durch Diffamierung, Verleumdung oder üble Nachrede ein Strafmaß vor, das von Geldbußen bis hin zu Haftstrafen reicht. 2004 forderte der Interamerikanische Menschengenrichtshof Costa Rica auf, diese Art von „Ehren-Gesetzen“ zu reformieren. Costa Rica ist der Aufforderung bislang nicht nachgekommen. In einer Umfrage aus dem Jahr 2002 gaben 56% der Journalisten an, Opfer von Drohungen geworden zu sein, 7% wurden physisch drangsaliert, 37% der Befragten wurden Anzeigen wegen Verleumdung angedroht. 2004 kam es im Fall Medina zu zehn Festnahmen, doch die Proteste in der Bevölkerung, die auf Aufklärung seines Todes dringt, halten an.

Die Befürchtungen steigen, dass die wahren Drahtzieher der Tat straffrei ausgehen, da diese in regierungsnahen Kreisen vermutet werden.

Folter und Misshandlung

Obwohl die Anwendung von Folter gesetzlich verboten ist, wird vereinzelt von gewalttätigen Übergriffen durch die Sicherheitskräfte berichtet. Die Regierung betont, dass Geständnisse, die unter Folter zustande gekommen sind, nicht in rechtlichen Verfahren verwendet werden dürfen. Im Berichtszeitraum wurden 47 Anzeigen gegen unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt durch Sicherheitskräfte eingereicht, einer Anzeige wurde stattgegeben, 34 werden weiter untersucht, 12 wurden abgewiesen.

Am 10. November wurde ein Nicaraguaner, der während der frühen Morgenstunden unrechtmäßig ein Privatgrundstück betreten hatte, von zwei Hunden des Sicherheitsdienstes attackiert. Sieben Sicherheitsbeamte beobachteten fast eine Stunde lang, wie die Hunde über den Mann herfielen, ohne einzugreifen. Später sagten sie aus, sie hätten nicht auf die Hunde feuern wollen, um das Opfer nicht zu verletzen. Die Untersuchung des Falles war zum Ende des Berichtszeitraums noch nicht abgeschlossen.

Haftbedingungen

Obwohl die Regierung um eine Verbesserung der Haftbedingungen bemüht ist, gibt die Situation in costaricanischen Haftenrichtungen weiterhin Anlass zur Sorge. Überfüllung, unzureichende medizinische Versorgung und mangelnde Hygiene sowie Gewalt unter den Häftlingen bestimmen den Gefängnisalltag. Die Gefängnisse von San Sebastián und San Carlos sind trotz einiger Neubauten nach wie vor zu 22% bzw. 23% überbelegt. Die medizinische Versorgung vor allem in San Sebastián ist nur auf die Behandlung leichter Erkrankungen, nicht jedoch auf komplexen Krankheiten wie HIV/AIDS ausgelegt.

Unabhängigen Menschenrechtsorganisationen wurde stets uneingeschränkter Zugang zu den Häftlingen und die Möglichkeit zu Gesprächen unter Ausschluss Dritter gewährt.

Frauen

Gewalt gegen Frauen und Kinder wird zum wachsenden Problem in der costaricanischen Gesellschaft. Obwohl das Gesetz innerfamiliäre Gewalt verbietet und mit Haftstrafen von bis zu hundert Tagen belegt, verzeichnet das unabhängige nationale Institut für Frauenrechtsfragen INAMU („Instituto Nacional de las Mujeres“) einen Anstieg der Gewalt vor allem gegen Frauen und junge Mädchen. Zwischen Januar und Dezember 2005 betreute INAMU 6967 Frauen und gewährte ihnen zum Teil Obdach und Fürsorge. 35 Frauen und Mädchen kamen im Zusammenhang mit familiärer Gewalt ums Leben. Die Behörden nahmen mehr als 9300 Verdächtige fest, was einen Anstieg um 24% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bedeutet.

Kinder

Das unabhängige nationale Institut für Kinderrechtsfragen PANI („Patronato Nacional de la Infancia“) verzeichnete in der Bevölkerung ein steigendes Bewusstsein für Kindesmissbrauch. Im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. Juni 2005 betreute PANI 6562 Kinder und Jugendliche, von denen 2860 Opfer physischer Gewalt geworden waren, 2171 sexuell missbraucht wurden und 986 psychologischer Gewalt ausgesetzt waren.

Die Regierung hat Anstrengungen unternommen, um Kinderarbeit und die kommerzielle sexuelle Ausbeutung von Kindern zu bekämpfen. PANI schätzt, dass allein im Jahr 2005 etwa 3000 Kinder Opfer sexueller Ausbeutung wurden. Straßenkinder in den Städten San José, Limón und Puntarenas sind dem ständigen Risiko ausgesetzt, Opfer von Übergriffen zu werden. Während des Berichtszeitraums betreute PANI 120 Fälle kommerzieller sexueller Ausbeutung von Kindern. Die Behörden strengten mehrere Untersuchungen gegen Menschenhändler an, doch nur wenige wurden zu Ende geführt. Ineffizienz des Justizsystems, mangelhafte Koordination der Behörden und fehlender Zeugenschutz stellten die Hauptgründe für die schleppende Strafverfolgung der Täter dar. Berichten zufolge herrscht an den Landesgrenzen und in der Einwanderungsbehörde verbreitet Korruption, die den Menschenhandel begünstigt, doch trotz dieser Vorwürfe wurde bislang kein Disziplinarverfahren gegen die Verantwortlichen eingeleitet.

Ethnien

Der Ombudsmann für Minderheiten verzeichnete keine Fälle von Diskriminierung gegen Menschen anderer Hautfarbe oder Herkunft. Die etwa 64.000 Indigenen, die sich acht unterschiedlichen Ethnien zugehörig zählen, machen ca. 1% der Bevölkerung Costa Ricas aus. Offiziellen Aussagen zufolge werden sie selten oder nie Opfer von Diskriminierung. 73% der indigenen Bevölkerung lebt jedoch in insgesamt 24 Reservaten, die sich weitläufig über das Land verteilen und deren dezentrale Lage den Zugang zu medizinischen und sozialen Einrichtungen erschwert. Es mangelt hier vor allem an Schulen, Elektrizität, Trinkwasser und medizinischer Versorgung.

Quellen Intern: AMR 24/003/2003 „The Medina investigation a test case for justice“. Extern: www.derechos.org/nizkor/costa_rica/; „Costa Rica: Arias gewinnt Wahl“. In: Junge Welt (24.2.2006) S. 6; „Hauchdünner Vorsprung für Oscar Arias“. In: tageszeitung (7.2.2006) S. 10; „Country Reports on Human Rights Practices 2005“. Released by the U. S. Bureau of Democracy, Human Rights, and Labor (8.3.2006)